

UNT Zürcher Unterland

Fluglärm für Anwälte und Gutachter lukrativ

Dem Flughafen kommt für die hiesige Wirtschaft eine enorme Bedeutung zu. Aber auch an der Fluglärmdebatte lässt sich durchaus verdienen.

Von Oliver Graf

Unterland. - Die Planungsgruppe Zürcher Unterland hat für 130 000 Franken einen Bericht in Auftrag gegeben, der aufzeigen soll, welche Auswirkungen die verschiedenen Betriebsvarianten auf die 30 Mitgliedergemeinden haben. Die Interessengemeinschaft IG Nord, ein Zusammenschluss von 39 Gemeinden, lässt ihre Medienmitteilungen von einem PR-Profi schreiben. Das Fluglärmforum Süd hat schon vier Gutachten bestellt und bezahlt, in denen unter anderem ein Ingenieur zum Unfallrisiko bei den Südanflügen detailliert Stellung nimmt.

Rekurs wird grundsätzlich erhoben

Dies zeigt: Nicht nur der Flughafen schafft Arbeitsplätze, auch die Debatte um dessen weitere Entwicklung und Emissionen schenkt gewissen Branchen lukrative Aufträge zu. Gerade Anwälte profitieren. Selbst wenn auf dem Flughafen Zürich nur gerade der bestehende Betrieb optimiert werden soll, laufen in den spezialisierten Kanzleien die Telefone heiss. So teilt etwa der Gemeinderat Buchs in diesen Tagen mit, dass er - gemeinsam mit den Nachbarorten Dällikon, Niederhasli und Regensdorf - schon wieder einen Anwalt nehmen will. Dieser soll gegen die geplanten Schnellabrollwege bei den Pisten 28 und 34 Einsprache erheben.

Erfahrungen mit juristischen Verfahren hat in den vergangenen Jahren auch Heinz Stauch gesammelt. «Das Ganze ist nicht ganz billig», sagt der Gemeindeschreiber von Nürensdorf, der auch als Sekretär der IG Ost amtiert. Der Zusammenschluss von 9 Gemeinden - von Kloten über Bassersdorf und Nürensdorf bis ins Tösstal - hat unter anderem gegen die verschiedenen provisorischen Betriebsvarianten des Flughafens rekuriert. Dies ist nicht gratis zu haben: Die Anwalts- und Prozesskosten belaufen sich seit 2003 auf durchschnittlich 80 000 Franken pro Jahr. «Dank der IG verteilen sich diese Kosten aber auf mehrere Gemeinden, die Ausgaben entsprechen etwas mehr als einem Franken pro Einwohner», so Stauch.

Auch die Bürgerorganisationen - und deren Mitglieder - werfen viel Geld auf. Allein der Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO) lässt sich die juristische Beratung und das Prozessieren jährlich rund 40 000 Franken kosten, schätzt dessen Kopräsident Ralph Weidenmann. Derzeit laufen noch drei Verfahren mit «seiner» Beteiligung; ein Anwalt vertritt 250 Rekurrenten, die gegen das provisorische Betriebsreglement vorgehen, und je 950 Personen wehren sich gemeinsam gegen die Luftraumsenkung und die Ausgestaltung des ILS-Anflugs auf die Piste 28. «Wir wägen schon immer ab, ob sich der Aufwand lohnt», so Weidenmann. Doch eigentlich müsse grundsätzlich fast immer Einsprache erhoben werden, wenn sich rund um den Flughafen etwas tue. «Meldet sich dann nur der Süden zu Wort, könnte dies falsch interpretiert werden - als ob es im Osten keinen Widerstand gäbe.»

Kooperationen werden angestrebt

Aus diesem Grund erheben auch zahlreiche weitere Bürgerorganisationen sowie Politische Gemeinden jeweils ihre Einsprachen. Gemeinsam treten sie selten auf. «Früher hat dies der Flughafenschutzverband gemacht», sagt Heinz Stauch. Aber die einzelnen Regionen rund um den Flughafen hätten halt oft unterschiedliche Interessen. Gegen ein vermehrtes Zusammenspannen hätte er an sich nichts. «Wichtig ist einfach, dass wir uns für unsere Gemeinde einsetzen.»

Auch Ralph Weidenmann könnte sich Kooperationen mit anderen Organisationen vorstellen. Allerdings: «Je mehr Einsprachen eingereicht werden, desto grösser ist auch die Signalwirkung.» So komme den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung ein grösseres Gewicht zu.

Und nicht immer müssen Einsprachen ins Geld gehen, wie der Kopräsident des BFO sagt. Ralph Weidenmann hat auch ein passendes Beispiel. Als der Flughafen Zürich eine Projektierungszone für die Piste 28 festlegen wollte, welche die bauliche Entwicklung der Ostgemeinden eingeschränkt hätte, wehrte sich die Bürgerorganisation bis vors Bundesgericht dagegen. Erfolgreich. Und dies ganz ohne Anwalt. «Die Vorlage war so klar falsch, dass wir die Rekurschriften gleich selber am Küchentisch verfasst haben.» Dies sei ein «juristischer Glanzpunkt» der Bürgerorganisation gewesen.

BILDER DOROTHEA MÜLLER

Der Fluglärm ärgert die Betroffenen - Anwälte, PR-Berater und Gutachter verdienen dank der Flughafendebatte.